

Stand: 21.06.2026 10:17:25

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/12480

"Meinung der bayerischen Landwirte zur Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der Europäischen Union erheben – Wo drückt die Bauern der Schuh ?"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/12480 vom 19.06.2026



Antrag

der Abgeordneten **Ralf Stadler, Gerd Mannes, Harald Meußgeier** und **Fraktion (AfD)**

Meinung der bayerischen Landwirte zur Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der Europäischen Union erheben – Wo drückt die Bauern der Schuh?

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, eine umfassende digitale (wahlweise auch schriftliche) Befragung aller landwirtschaftlichen Betriebe in Bayern durchzuführen und dem Landtag über die Ergebnisse zu berichten.

Die Befragung soll insbesondere die Einschätzungen der Landwirte zu folgenden Themen erfassen:

- Bürokratieaufwand im Zusammenhang mit der GAP
- Auswirkungen der GAP auf die wirtschaftliche Situation der einzelnen Betriebe
- Auswirkungen der Umwelt- und Klimavorgaben der GAP auf die landwirtschaftliche Produktion
- Auswirkungen der GAP auf die Wettbewerbsfähigkeit der bayerischen Landwirtschaft
- Bewertung der Direktzahlungen und Förderprogramme
- Auswirkungen der GAP auf Betriebsaufgaben und Hofnachfolgen
- Einschätzung der Planungssicherheit für Investitionen
- Bewertung der nationalen Umsetzung der GAP durch Bund und Freistaat
- Einstellung zu einer stärkeren Renationalisierung agrarpolitischer Entscheidungen
- Vorschläge der Landwirte zur Weiterentwicklung der Agrarpolitik ab 2028

Die Ergebnisse sind im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus sowie dem Landtag spätestens drei Monate nach Abschluss der Befragung vorzulegen.

Begründung:

Die GAP der EU bestimmt maßgeblich die Rahmenbedingungen der bayerischen Landwirtschaft. Förderprogramme, Umweltauflagen, Dokumentationspflichten und Produktionsvorgaben wirken sich unmittelbar auf die tägliche Arbeit der Landwirte sowie auf die wirtschaftliche Entwicklung der Betriebe aus.

Gleichzeitig beklagen viele Landwirte seit Jahren einen stetig zunehmenden Verwaltungsaufwand, eine hohe Regulierungsdichte sowie eine wachsende Unsicherheit hinsichtlich zukünftiger Förder- und Produktionsbedingungen. Insbesondere kleinere und familiengeführte Betriebe sehen sich durch die Vielzahl europäischer Vorgaben zunehmend belastet.

Obwohl regelmäßig Verbände, Interessengruppen und Funktionäre in agrarpolitische Entscheidungsprozesse eingebunden werden, fehlt bislang eine unmittelbare und flächendeckende Erhebung der Meinung derjenigen, die die Folgen der europäischen Agrarpolitik täglich in der Praxis zu tragen haben.

Vor dem Hintergrund der laufenden Diskussionen über die Ausgestaltung der GAP nach 2027 erscheint es erforderlich, die tatsächlichen Erfahrungen, Erwartungen und Kritikpunkte der bayerischen Landwirte systematisch zu erfassen.

Eine Vollbefragung aller landwirtschaftlichen Betriebe bietet die Möglichkeit, ein unverfälschtes Stimmungsbild der bayerischen Landwirtschaft zu erhalten, Reformbedarf frühzeitig zu erkennen, die Auswirkungen europäischer Vorgaben auf die Praxis zu bewerten und die Interessen der bayerischen Landwirtschaft gegenüber Bund und Europäischer Union besser zu vertreten.

Der Landtag sollte seine agrarpolitischen Entscheidungen auf die Erfahrungen der Betroffenen stützen und nicht ausschließlich auf Stellungnahmen von Verbänden oder Verwaltungseinrichtungen zurückgreifen.

Der mögliche Einwand hoher Kosten und Aufwand greift nicht, weil ja auch beim Mikrozensus der Freistaat eine jährliche Befragung von rund 65 000 Haushalten durch das Bayerische Landesamt für Statistik durchführen lässt.

Vor diesem Hintergrund erscheint eine einmalige, freiwillige Vollerhebung aller landwirtschaftlichen Betriebe zur Bewertung der EU-Agrarpolitik organisatorisch und technisch ohne Weiteres möglich.

Auch die Verhältnismäßigkeit ist gewahrt, wenn man von einer Ausgabenhöhe für EU-Zahlungen an die Landwirtschaft in Höhe von insgesamt bis zu 400 Mrd. Euro für die nächste Förderperiode ab 2028 ausgeht. Die Agrarpolitik macht heute noch etwa ein Viertel des gesamten EU-Haushalts aus.

Die Befragung dient damit einer stärkeren demokratischen Beteiligung der bayerischen Landwirte und einer praxisnahen Weiterentwicklung der Agrarpolitik im Interesse der heimischen Landwirtschaft.